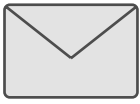


Briefe an die Redaktion



Ihre Meinung

findet auf dieser Seite Platz, wenn Sie (auch bei Zuschriften via E-Mail) Namen und Anschrift mitteilen. Aus der großen Zahl täglicher Zuschriften kann allerdings nur eine Auswahl veröffentlicht werden. Die Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Anschrift für Leserbriefe:

NW-Chefredaktion
Niedernstr. 21–27
Pressehaus,
Postfach 10 02 25
33502 Bielefeld.

Ihre Zuschrift erreicht die Redaktion auf dem schnellsten Weg über eine E-Mail an: redaktion@neue-westfaelische.de
Bitte vergessen Sie Ihre Adresse nicht.

Atomkraft bleibt gefährlich

■ Zu „Im Osten nichts Neues“, Nr. 130/2008:

Europa hält den Atem an – und atmet gleich wieder erleichtert auf. Die Störfallmeldung aus dem slowenischen Atomkraftwerk Krsko ließ viele an Schreckensszenarien wie Tschernobyl denken. Doch mit der Entwarnung schwindet wohl auch das öffentliche Interesse an einer Auseinandersetzung über Atomenergie. Zwar weist Ihr Kommentar auf die vielen maroden Reaktoren in Osteuropa hin; was aber noch wichtiger ist: Auch die deutschen Meiler bergen unabsehbare Gefahren. Atomkraft ist keine umweltfreundliche Energiegewinnung, sie bleibt ein unkalkulierbares Risiko und bringt nicht zuletzt die ungelöste Frage der Atommüll-Endlagerung mit sich. Deswegen muss am Atomausstieg festgehalten werden und allen Haushalten der Zugang zu Strom aus erneuerbaren Energiequellen gesichert werden.

Anika Niggeweg
33649 Bielefeld

Schwanensee für die SPD

■ Zu „SPD sucht Orientierung“, Nr. 126/2008:

Schwanensee ist kein Märchen, sondern die erschreckende Geschichte eines traumatischen Erlebnisses eines Jungen. Das beeindruckende Ballett von Tschaikowsky geriet bei seiner Uraufführung im Jahr 1877 im Moskauer Bolschoitheater zum Desaster. (...) Auch SPD-Chef Kurt Becks „Schwan“-Inszenierung steht unter keinem guten Stern. Unter der Choreographie der SPD-Linken Andrea Nahles tanzt Beck mit der zur Bundespräsidentenkandidatin gekürten Gesine Schwan einen gewagten Pas de deux auf der linken Seite der politischen Bühne und ist im dunkelroten Licht der bizarren Kulisse nur verschwommen zu erkennen. Wie damals in der Musik wird heute in der Politik verlangt, beliebig Rhythmen einzubauen, nach deren Disharmonien alle zu tanzen haben. Die Grundidee wird immer mehr verfälscht, das Publikum erkennt die Handlung nicht mehr. Selbst die Professionalität und Leidenschaft der Primaballerina Schwan können keinen rechten Zauber entfachen. Erst fast ein halbes Jahrhundert nach der Uraufführung hat Tschaikowskys großartiges Werk ungeteilte Anerkennung gefunden. Dieser Erfolg wird der Beck'schen „Schwan(en)see-Inszenierung wohl verwehrt bleiben.

Wilfried Bobe
33649 Bielefeld



Gegensätze: Auf dem Platz des Sieges in Kaliningrad erinnert ein Transparent eines fahنشwenkenden Rotarmisten an frühere Siege. Die Bewohner der Stadt orientieren sich heute am Westen.

FOTO: DPA

Die wahre Rolle Ostpreußens

■ Zu „Deutsche Geschichte unter roten Fahnen“, Nr. 114/2008:

Beim Lesen des Inhalts wird jeder logisch denkende Mensch zu dem Ergebnis kommen, weil Ostpreußen als Kornkammer des Deutschen Reiches galt, hat sich die siegreiche Sowjetunion den nördlichen Teil des Landes einverleibt.

Ich bin Zeitzeuge (86 Jahre), in Ostpreußen aufgewachsen und weiß, dass Ostpreußen seit langer Zeit, nicht nur der Hitlerregierung, in der Ostpolitik, insbesondere auch des preußisch-deutschen Militarismus, eine Schlüsselrolle zukam. (...)

Nicht nur in der Ostpolitik des Deutschen Reiches spielte das Land eine besondere Rolle, hier fand auch der Nationalsozialismus einen günstigen Nährboden und, dank der vielen Großgrundbesitzer, die Hitlerpartei allseitige Unterstützung. (...)

Sicher gab es auch strategische Gründe, warum sich die Sowjetunion nördliche Gebiete einverleibt, aber es bleibt eine historische Tatsache, dass Ostpreußen von den Nationalsozialisten missbraucht wurde, in politischer, wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht. (...)

Schon Mitte der 30er Jahre wurden an den Grenzorten zu Litauen regelmäßig Kundgebungen mit Hilfe der Reichssenders Heilsberg veranstaltet mit den Klängen: „Nach Ostland geht unser Ritt“.

Dieser Ritt begann nicht erst am 22. Juni 1941 und führte letzten Endes dazu, dass Flucht und Vertreibung immer einen bedeutenden politischen Hintergrund haben werden. Der Artikel von Peter Pragal wird dem nicht gerecht.

Alfred Peim
33647 Bielefeld

Jodierung ist Körperverletzung

■ Zu „Statt Brot und Nudeln Obst und Fisch“, Nr. 112/2008:

Die Landesvorsitzende der NRW-SPD Hannelore Kraft ist dank eindeutiger Diagnose und gezielter Ernährungsumstellung wieder fit und macht auf ein Problem aufmerksam, dass es in sich hat: „Krank durch Lebensmittelunverträglichkeit“! Sie selbst leide unter der genetisch bedingten Autoimmunerkrankung Zöliakie, auch bekannt als „Glutenunverträglichkeit“.

Aber was ist mit den Menschen, die durch künstliche Lebensmittelzusätze wie z.B. Jod krank geworden sind (gesetzl.

Grundlage: 2. Jodverordnung, Dezember 93, hinzu kommt die Jodierung des Tierfutters seit 95)?

Seither sind die zum Teil unheilbaren Schilddrüsenerkrankungen in Deutschland sprunghaft angestiegen. Über 10 Millionen Menschen aller Altersstufen sind betroffen, davon größtenteils Frauen. Prof. Hengstmann, Schilddrüsenspezialist aus Berlin, schätzt, dass bis 15 Prozent der Bevölkerung unter der flächendeckenden Jodierung leiden. „Die kollektive Jodpropylaxe kann wegen der unvermeidlichen Gesundheitsschäden grundsätzlich nur abgelehnt werden.“ Sogar 40 - 60 Prozent der Bevölkerung seien betroffen, schätzt die Homöopathin Elisabetha Weigelt der Uni-Frauenklinik Heidelberg. Für sie sei klar: „Die Jodierung grenzt an Körperverletzung.“

Für Betroffene die beispielsweise an Morbus Basedow, Hashimoto Thyreoiditis, Hyperthyreose, Hypothyreose, endokrine Orbitopathie, Schilddrüsenautonomie, autonome Knoten, Jodismus, etc. erkrankt sind, ist aber eine lebenserhaltende, gezielte und dauerhafte Ernährungsumstellung bzw. Vermeidung von jodhaltigen Lebensmitteln so gut wie gar nicht mehr möglich.

Von Schadensbegrenzung könnte man im günstigsten Fall noch sprechen, falls das finanziell leistbar ist.

Spätestens hier beginnt für die meisten (...) Betroffenen ein Leidensweg, der eine deutliche Lebensqualitätsminderung mit sich bringt (...) Wünschenswert ist, dass Hannelore Kraft, aus ihrer ganz persönlichen Erfahrung heraus, entsprechende PolitikerInnen für das Thema sensibilisieren, besser mobilisieren kann, damit in Zukunft der Artikel 2 des Grundgesetzes „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ für alle gilt.

Susanne Stute
33098 Paderborn

Lächerliche Strafe für Pädophilen

■ Zu „Geldstrafe wegen Kinderpornos“, Nr. 129/2008:

Nur eine winzige Mitteilung war der NW die Verurteilung eines Lehrers wegen Besitz von kinderpornografischem Material wert. Das Urteil: eine lächerliche Geldstrafe. Zur Beruhigung wurde dem Leser auch mitgeteilt, dass der „Pädagoge“ vom Dienst suspendiert sei. Doch dem Beamtenrecht sei Dank, wird er wohl wieder in den Schuldienst zurückkehren und weiter auf unsere Kinder losgelassen werden. Es sei denn, der ganze Prozess hat ein „posttraumatisches Stresssymptom“ bei ihm hinterlassen, dann, ja dann „droht“ ihm der Schritt in die wohlversorgte Frühpensionierung.

Burkhard Muth
33813 Oerlinghausen

Bundespräsident braucht kein Gezänk

■ Zur „Bundespräsidenten-Wahl“

(...) Das Amt des Bundespräsidenten haben die Väter unserer Verfassung aus gutem Grund als überparteiliches Amt vorgesehen. (...) Er sollte über dem Alltagsgezänk stehen und einen Blick für die großen Linien haben. Und was geschieht schon vor der Wahl? Die einen stellen eine Gegenkandidatin auf, um sich nicht zum Sklaven der Koalition zu machen (Gesine Schwan in allen Ehren). Dadurch sehen die anderen den „Koalitionsfrieden gefährdet“. Die Bundespräsidenten-Wahl wird zum Spielball kleinkariierter Parteifunktionäre, die über ihr Alltagsdenken nicht hinauskommen. Erbärmlich! Hans-Jürgen Hoffmann
32312 Lübbecke

Aktentasche hilft beim Gau

■ Zu „Zwischenfall um Atomkraftwerk“, Nr. 129/2008:

Unabhängig davon, dass der Slowenien-Alarm glücklicherweise kein GAU war: Was hilft ein Alarm ohne einen Hinweis darauf, was zu tun wäre, wenn? Unter Adenauer wurde wenig-

tens noch empfohlen, die Aktentasche gegen den Fall-out über den Kopf zu halten. Ob unter Merkel ein Gebet zum „Erzengel Gabriel“ ebenso viel hilft? Die EU-Panikmache-Warnung hilft jedenfalls wenig. (...)

Günter Fesenfeld
33330 Gütersloh

Erinnerung an einen Gorillaforscher

■ Zu „Tödliche Affenliebe“, Nr. 129/2008:

Ich begrüße es, dass Sie diesen eindrucksvollen Artikel über den Gorillaforscher Klaus-Jürgen Sucker und seinen Tod gebracht haben. Damals, vor nunmehr 14 Jahren, hat dieser Tod, der an das schreckliche Ende der Primatenforscherin Dian Fossey erinnert, enttäuschend wenig Resonanz in den Medien gefunden. Vor 20 Jahren hat Sucker bei mir studiert, und er gehörte zu jenen Menschen, die man nicht vergisst.

Anders als Dian Fossey war er überhaupt nicht jener Typ von Tierschützer, bei dem die Tierliebe mit Menschenfeindschaft einhergeht; vielmehr war „Sucki“ bei seinen Mitstudenten sehr beliebt. Wenn ihn sein Weggefährte Ulrich Karlowski als

Optimisten und Kämpfertyp schildert, kann ich das, so wie ich ihn erlebt habe, ganz und gar bestätigen. (...)

So wie ich ihn kenne, kann ich die Selbstmordthese nicht glauben. In Ihrem jetzigen Artikel berichten Sie, für die Bielefelder Staatsanwaltschaft sei die Sache nach der Obduktion klar gewesen: Selbstmord. In Ihrer Kurznotiz vom 1. Juli 1994 las es sich anders: „Die Obduktion der stark verwesenen Leiche im Mindener Klinikum gab allerdings keine eindeutigen Anzeichen für die eine oder andere Todesursache.“ Heute wird so viel von „Erinnerungskultur“ geredet; ich finde, sie sollte nicht nur um Denkmäler kreisen. Klaus-Jürgen Sucker verdient, in Erinnerung gehalten zu werden.

Prof. Joachim Radkau
33611 Bielefeld

Wallraff soll den Schulalltag prüfen

■ Zu „Schüler monieren Pannen beim Abitur“, Nr. 129/2008:

Sich über das Chaos beim NRW-Zentralabitur zu wundern, grenzt schon fast an Heuchelei, wenn man sich neben der ideologischen Blindheit die handwerkliche Inkompetenz unseres Schulministeriums ansieht.

Dass Eltern-, Schüler-, Lehrerverbände und führende Wissenschaftler als Verbündete gegen den Dilettantismus bei zum Beispiel Turboabitur mit all seinen unbedachten Folgen, Kopfnottesaster und Abschlussprüfungen protestieren, müsste selbst Oberlehrer Rüttgers und seine Frontfrau Sommer nachdenklich stimmen.

Vielleicht könnte der Reporter Günter Wallraff behilflich sein und mal ein wenig hinter die Kulissen blicken, um über Verfahrensweisen bei der Vorbereitung von Abschlussprüfun-

gen jeglicher Art zu recherchieren. Hoffentlich könnte er dann Vorurteile revidieren, dass in entsprechenden Gremien Lehrer delegiert werden, die widerwillig aus ihrem vollgepackten Schulalltag gerissen werden, teilweise in ihrem Fach lange nicht unterrichten oder bestenfalls jung, karrierhungrig, aber obrigkeitshörig sind. Ganz zu schweigen von Bürokraten, die längst den Bezug zur täglichen unterrichtlichen Praxis verloren haben.

Statt die Schulen mit ständig neuen bürokratischen Hürden und effekthascherischen Aktionen zu drangsaliieren, sollte sich das Ministerium selbst mal der Überprüfung durch externe Fachleute unterziehen. (...)

Gut, wenn jetzt wenigstens die Einsicht wächst, dass die Schülerinnen und Schüler für die Folgen ministerieller Pannen entschädigt werden sollen.

Niels Godde
48336 Sassenberg

Doppelmoral beim Schmiergeld

■ Zu „Die krummen Wege eines Weltkonzerns“, Nr. 22/2008:

(...) Zweifellos haben die Schmiergelder bei Siemens zu locker gegessen, aber erinnern wir uns an die Zeiten, wo solche Gelder von kleinen Finanzämtern noch anerkannt wurden. (...) Wer jemals mit Ländern südlich europäischer Breitengrade gearbeitet hat, der weiß, dass ohne Bakschisch nichts geht – und hinterher den Moralapostel zu spielen, ohne die Auftrags- und Beschäftigungslage im Auge zu haben, ist leicht und enthält eine Doppelmoral, denn auch Wirtschaftsethiker werden irgendwann mit der Realität konfrontiert, wenn sie weltumspannende Unternehmen erfolgreich führen wollen.

Als Politikwissenschaftler (im Ruhestand) habe ich eine nicht mal kleine, wenn auch nicht repräsentative Umfrage gemacht und nicht einen getroffen, der für das derzeit laufende Verfolgungs- und Wahrheitssuchesszenario der Herren Cromme und Löscher Verständnis hatte. Eher herrschten Verständnislosigkeit und Kopfschütteln vor. Die Rede war wieder mal von der deutschen Gründlichkeit, die keine Grenzen kennt, auch nicht vor Selbstbeschmutzung. (...)

Dr. Jörg Heemeyer
91217 Hersbruck

Revision für den deutschen Pass

■ Zum Thema „Kriminelle mit Migrationshintergrund“:

Presseberichten entnehmen wir unter anderem Meldungen wie „Ehrenmord“ in Hamburg, Haftstrafe nach Messerattacke auf Rabbi, 24-Jähriger stirbt bei Schießerei in Hamburg, Holzklotzwerfer gefasst, Massenkeile auf Intensivstation im Krankenhaus Iserlohn usw.

Bei allen diesen Straftaten werden die Beteiligten aus Afghanistan, Kasachstan, Albanien oder der Türkei, haben oft einen deutschen Pass und gelten als „Deutsche, afghanischer oder sonstiger Herkunft“, wie es

politisch korrekt heißt.

Solche Meldungen sollten bei unseren Politikern die Frage aufkommen lassen, ob die Regeln für die Zuwanderung nach Deutschland und für die Ausstellung eines PASSES nicht einer dringenden Revision bedürfen.

Angeblich wollen wir doch qualifizierte in unser Land holen – aber die bevorzugen die USA, Kanada, Skandinavien oder andere Länder. Deutschland hingegen ist attraktiv für Unqualifizierte und Kriminelle. Warum wohl? (...)

Philipp-Rainer Fäth
32312 Lübbecke

Frust über Verschwender

■ Zu „Trost für den Gatten“, Nr. 125/2008:

Der Gatte von Justizministerin Müller-Piepenkötter, seines Zeichens Stadtdirektor von Remscheid, hat „Zinsspekulationen“ mit städtischen Geldern getätigt und dabei 12,7 Millionen Euro verzoockt.

Er ist abgewählt worden, wahrscheinlich in den finanziel-

len gut gepolsterten Ruhestand. Zurückzuzahlen braucht er das Geld allerdings nicht, das trägt ebenso wie bei den „Bankskandalen“ der Steuerzahler, also der dumme Bürger, der gegen solche Praktiken machtlos ist. Er kann nur seinen Frust darüber in einem Leserbrief zum Ausdruck bringen.

Klaus Güth
33332 Gütersloh